

Informationen aus der Gemeindevertretung Petersberg

Aus der Gemeindevertreterversammlung am 22. Juni 2017

Vergaberichtlinie für Baugrundstücke soll in der Gemeinde beschlossen werden

Unserer Initiative, die Vergabe gemeindeeigener Baugrundstücke transparent und für die Bürger nachvollziehbar zu machen, wurde in der Gemeindevertretung zugestimmt. Die Ausschüsse wurden mit der Erarbeitung eines konkreten Vorschlages beauftragt. Ein zu unserem Antrag gestellter und beschlossener Ergänzungsantrag der CDU Fraktion lässt allerdings den Zeitpunkt für die endgültige Einführung einer verbindlichen Vergaberichtlinie offen.

Hier unser Antrag der nun in den Ausschüssen beraten wird:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, eine Richtlinie zur Vergabe von Bauplätzen der Gemeinde zu erarbeiten und diese in der nächsten Gemeindevertreterversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Sie sollte auf Basis der bisherigen Grundsätze, die Kriterien gewichten und konkretisieren.

Begründung:

Bereits heute schlägt der Gemeindevorstand unter Berücksichtigung von der persönlichen Beziehung der Bewerberinnen und Bewerber zum Ortsteil des Neubaugebietes bzw. zur Gemeinde Petersberg (aktuell wohnhaft, früher wohnhaft, ...) und von der Familiensituation der Bewerberinnen und Bewerber (Alter der Bewerberinnen und Bewerber, Anzahl und Alter der Kinder, ...) abhängig, die Vergabe der Bauplätze vor.

Durch eine von der Gemeindevertretung beschlossene und veröffentlichte Richtlinie mit klaren, nachvollziehbaren Kriterien wird die Vergabe für alle Bürger und Interessenten transparent und stärkt so das Vertrauen in die Entscheidungen der Gemeinde.

Kinderrabatt bei Baugrundstücken wird ebenfalls in den Ausschüssen beraten

Unser neuer Antrag auf Einführung eines Kinderrabattes beim Verkauf gemeindeeigener Baugrundstücke wurde ebenfalls an die Ausschüsse verwiesen. Bleibt nur zu hoffen, dass die Beratungen hierzu nun zügig erfolgen.

Hier unser Antrag:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, einen Vorschlag zur Einführung eines Kinderrabattes für Familien mit Kindern und Alleinerziehende beim Erwerb von Baugrundstücken der Gemeinde zu erarbeiten und in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Vorschlag sollte sich, soweit finanziell tragbar, an dem Kinderabatt der Gemeinde Eichenzell orientieren.

Weiter auf der Rückseite

Gemeinde erhöht erneut die Gebühren für die Nachmittagsbetreuung in der Grundschule

Bereits zum zweiten Mal in Zeitraum von einem Jahr erhöht die Gemeinde die Gebühren für die Nachmittagsbetreuung in den Grundschulen.

Folgende Pressemitteilung haben wir hierzu versandt:

Fragwürdige Gebührenerhöhung für die Betreuung von Grundschulkindern – um bis zu 135 Prozent.

Die Fraktion *Die Linke. Offene Liste* hält die vom Gemeindevorstand Petersberg beschlossene Erhöhung der Gebühren für die Nachmittagsbetreuung um pauschal 17,-€ für sehr fragwürdig. Dies ist schon die zweite Erhöhung innerhalb eines Jahres. Seit Oktober 2016 müssen die Eltern monatlich 30€ statt wie bis dahin 20€ für die Betreuung eines Grundschulkindes an einem Nachmittag pro Woche bezahlen. Ab August werden für dieselbe Leistung 47€ fällig. Für die Betreuung an 5 Tagen sind bis zu 107€ im Monat zu zahlen.

Zusätzlich verteuert die Gemeinde das Mittagessen von 3,70€ auf 3,90 €. Begründet wird dies mit der Erhöhung durch den Essenlieferanten Fa. Grümel e.V. Allerdings ist die Firma Grümel e.V. nicht der einzige Lieferant. Eine Information über Kosten und Qualität aller Lieferanten fehlt.

Der Fraktionsvorsitzende Michael Wahl kritisiert zudem, dass weder der Haupt- und Finanzausschuss noch die Gemeindevertretung geschweige denn die Öffentlichkeit informiert wurde.

Wieder einmal habe die von der CDU geführte Gemeinde am Parlament, den Bürgern und den Eltern vorbei nicht nachvollziehbare Entscheidungen getroffen. *Die Linke. Offene Liste* fordert von der Gemeinde dringend eine Erklärung, warum weder Eltern und Öffentlichkeit noch die Gemeindevertretung umfassend in die Entscheidungsprozesse einbezogen wurden.

Auch fragt *Die Linke. Offene Liste*, ob eine familienfreundliche Gemeinde ohne finanzielle Not eventuelle Mehrkosten auf die Eltern abwälzen muss und welche Gründe es gibt, dass Eltern, die die Nachmittagsbetreuung für ihr Kind nur einmal in der Woche nutzen, innerhalb von nur 10 Monaten eine Steigerung der Gebühren von 135 Prozent zahlen müssen.

SPD scheitert mit Antrag zum „Sozialen Wohnungsbau“

Mit den Stimmen von CDU und FDP wurde ein Antrag der SPD Fraktion zur Schaffung von Sozialwohnungen in den Neubaugebieten abgelehnt. Zur Realisierung des SPD Vorschlages hätten die Bebauungspläne geändert werden müssen. Wir haben dem Antrag dennoch zugestimmt, weil in der Gemeinde bezahlbarer Wohnraum fehlt.

In diesem und im letzten Jahr haben wir bereits mehrere Initiativen in die Gemeindevertretung eingebracht, die den Bau von Sozialwohnungen bzw. bezahlbaren Wohnungen in Petersberg ermöglichen sollten. Immer wieder hat die SPD Fraktion gemeinsam mit der CDU unsere Vorschläge abgelehnt

Nicht nachvollziehen können wir warum die SPD noch in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung den Bebauungsplänen ohne Widerspruch zugestimmt hat und unseren Argumenten zur Ablehnung der Bebauungspläne nicht gefolgt ist. Jetzt im Nachhinein die Grundstückszuschnitte zu ändern, nachdem sie bereits in ihrer Größe und Lage zum Verkauf angeboten wurden, hätte allerdings für die Verwaltung zu erheblichen zusätzlichen Aufwand und auch bei den Bürgern zu Verunsicherung geführt.

Unsere Homepage - <http://www.linke-kreis-fulda.de/petersberg/gemeindevertretung/antraege/>